

**Städte:** Um 1800 lebten nur drei Prozent der Weltbevölkerung in städtischen Räumen. Heute sind es fast vier Milliarden Menschen – mehr als 54 Prozent der Menschheit. Wo und wie soll das enden? Auch die Uno fragt sich das.



Berüchtigt, aber längst nicht mehr verwegen wie einst: Medellín, Kolumbiens zweitgrößte Stadt mit 2,4 Millionen Einwohnern, gilt als gutes Beispiel für die Kriminalitäts- und Armutsbekämpfung.

Foto: Charlotte Bruneau

# Wachsende Städte, wachsende Probleme

**Metropolen:** Ob Medellín oder Frankfurt, die Städte müssen Wohnungsnot, Umweltschutz und Menschenrechte unter einen Hut bekommen

Von unserer Korrespondentin  
**CHARLOTTE BRUNEAU**

**QUITO/FRANKFURT.** Die Welt wandelt sich: Im Jahr 1800 zählte man gerade mal eine einzige Millionenstadt, das war Peking. Bis zum Jahr 2030 wird es nach Schätzungen der Vereinten Nationen 41 Megacities auf der Erde geben, jede von ihnen mit über zehn Millionen Einwohnern. Wie lebenswert werden diese Städte der Zukunft sein? Wie können Menschen dort mit Wohnraum, Wärme und Wasser versorgt werden? Und wem gehört die Stadt überhaupt?

Antworten auf diese Fragen suchten beim 3. UN-Weltsiedlungsgipfel »Habitat« fast 40000

» Heute fehlen schon 30 000 Wohnungen. 2050 könnten es schon 90 000 sein. «

Ulli Nissen, Frankfurter Bundestagsabgeordnete

Menschen in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito. Im Mittelpunkt standen dabei Themen wie Wohnungsmangel, Luftverschmutzung, Kriminalität und Armut – mit diesen Problemen müssen sich Mega-Städte in erster Linie befassen.

Welche Bedeutung sie haben, machen zwei Zahlen deutlich: Die Städte bedecken nur zwei Prozent der Erdoberfläche, aber sie sind für 70 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und beherbergen heute schon über die Hälfte der Menschheit.

## »New Urban Agenda«

Verabschiedet wurde schließlich die »New Urban Agenda«, also die neue städtische Agenda. Städte sollen demnach nicht nur nachhaltiger, sondern auch inklusiver, sicherer und widerstandsfähiger werden. Die Agenda enthält zwar keine Selbstverpflichtung, zumindest aber soll sie eine Richtschnur für Regierungen und Städte sein.

In Quito war unter anderem die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, Eva Lohse, zu Gast: »Wie schaffe ich eine Stadt, in der die Menschen lebenswert leben können?«, heißt nach ihrer Aussage die zentrale Frage. Lebenswert bedeute dabei, gute Voraussetzungen zu schaffen, um Arbeit oder eine Wohnung zu finden und an Dienstleistungen teilzunehmen.

Der Knackpunkt: Die Agenda muss Antwort geben auf ganz un-

## Hintergrund: Armut, Terror und Klimawandel treiben die Menschen in die Städte

Warum strömen die Menschen in die Städte? Es sind vor allem **fehlende Verdienstmöglichkeiten in ländlichen Regionen, Armut, Terror und Kriege**, triste Perspektiven. In Afrika und Asien ist auch der Klima-

wandel, der die Landwirtschaft immer beschwerlicher macht, ein starker Treiber. **In Industrieländern** wie Deutschland sind Überalterung und fehlende Infrastruktur ein großes Problem. Nach Angaben des Bundesbauministeriums

stehen fast einem Drittel der Einwohner von ländlichen Gemeinden und einem Fünftel der Bewohner in Kleinstädten keine Supermärkte, Schulen oder Ärzte in 15 Minuten Gehentfernung zur Verfügung. (dpa)

terschiedliche Situationen: auf große und kleine Städte, auf arme und reiche, auf jene in Industriestaaten, in Entwicklungsländern oder in Schwellenländern. So haben Megacities, Slums oder »Smart Cities« auch ganz eigene Prioritäten und Lösungsansätze.

## Stadtplanung in Medellín

In Sachen Kriminalitäts- und Armutsbekämpfung wird die kolumbianische Großstadt Medellín immer wieder als Beispiel vorgeführt. »Vor 15 Jahren gab es so viel Gewalt auf der Straße, dass man sich abends nicht mehr aus dem Haus traute«, erinnert sich eine Bewohnerin des berüchtigten Stadtteils »Komuna 13«. Heute ist die Stadt wieder auferstanden: Das ehemalige Hauptquartier des Drogenbarons Pablo Escobar wurde zur Touristenattraktion.

Als Medellín damals kurz vor dem Zusammenbruch stand, musste die Politik etwas unternehmen. Die Stadtplanung wurde zur Strategie für die Armut- und Kriminalitätsbekämpfung. »Wir sind systematisch mit öffentlichen Verkehrsinfrastrukturen in problematische Stadtteile eingedrungen«, erklärt César Agosto, Planungschef der Stadt. »Die Einwohner wurden regelmäßig über die Projekte aufgeklärt und nach ihren Bedürfnissen befragt«.

Die Entwicklung neuer Verkehrsmittel wurde vom Bau zusätzlicher Infrastrukturen beglei-

tet – Musikschulen, Grünflächen, Gemeinschaftsräume oder Krankenhäuser. Ziel war es, das Vertrauen der Bürger in ihre Stadt zurückzugewinnen. Im UN-Jargon redet man über ein »Right to the City«, also das »Recht auf die Stadt«. Nicht nur die Reichen, sondern alle Einwohner einer Stadt, sollen Zugang zu Dienstleistungen und Freizeitinfrastrukturen haben.

Diese Strategie hat ihre Schwachpunkte: Immobilien- und Mietpreise steigen dort, wo die öffentliche Verkehrsinfrastruktur verbessert wird. Und natürlich konnte die Kriminalität in Medellín längst nicht ausgelöscht werden. »Das braucht noch Zeit«, meint ein Geschäftsmann und Schauspieler aus der Stadt. »Aber jetzt haben die Jugendlichen die Wahl, ob sie lieber einer Gang oder einer Musikband beitreten.«

In Deutschland sowie europaweit setzt man vor allem auf das Konzept der »Smart City«, der schlauren Stadt. Durch den Einsatz digitaler Technologien werden Ressourcen gespart und Dienstleistungen effizienter gestaltet. Der städtische Verkehr steht vielfach im Vordergrund.

## Schlaue Ampeln in Mannheim

Beispiele: In Mannheim sollen intelligente Ampeln Verkehrsströme besser verwalten, in Ludwigshafen elektrische Busse sich beim Fahren selbst aufladen können.

Damit will man nicht nur die Lebensqualität der Einwohner verbessern, sondern auch die Nachhaltigkeit der Städte.

Will man das Zwei-Grad-Ziel des Weltklimaabkommens erreichen, müssen Städte grüner werden. »Frankfurt steht für das Ziel 100-prozentiger erneuerbarer Energien bis 2050«, verspricht Ulli Nissen, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt. »Wir haben keine Flächen um Solarparks aufzustellen, deswegen sind die Solardächer ein sehr wichtiges Thema.« Sie existieren schon, doch laut Nissen gibt es »noch ein riesiges Ausbaupotenzial«.

Fehlender Raum für neue Wohnungsbauten stellt eine weitere Herausforderung für Frankfurt dar. »Es gibt kaum noch Baulücken«, erklärt die SPD-Politikerin. Und durch den Brexit habe sich die Wohnungsklage nochmals verschlimmert. Heute fehlten schon 30000 Wohnungen. »2050 könnten es schon 90000 sein«, sagt Nissen voraus.

## Hochhäuser als Ausweg

Doch wie schafft man Platz, wo es keinen mehr gibt, um den rasanten Zuzug in den Griff zu bekommen? Es bleibt nur ein (Aus-)Weg: »Es soll vor allem in die Höhe gebaut werden«, sagt Nissen. Wandbegrünungsprojekte sowie grüne Fahrradwege sollen gleichzeitig dazu beitragen, die Stadtlandschaft weniger öde zu gestalten.

Städte spielen eine ganz wesentliche Rolle für die Zukunft der Menschheit, heißt es bei der Uno. Dennoch haben Kommunen kein Mitspracherecht bei den Vereinten Nationen. Sollten Städte also als feste internationale Akteure anerkannt werden?

Der Kölner Bürgermeister Andreas Wolter (Grüne) unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit von Kommunen. So kooperiert Köln beim Hochwasserschutz mit Corinto in Nicaragua. Die Hafenstadt zeichnet sich durch enorme Regenmengen aus und hat das Thema Hochwassermanagement ständig auf der Agenda. »So lernen wir von den Kollegen in Corinto«, sagt Wolter, der schon neue Ideen hat. Die Stadt Quito suche zurzeit einen Betreiber für ihre neue U-Bahn. »Wir könnten uns vorstellen, dass europäische Städte das übernehmen. Warum sollen nur die großen multinationalen Konzernen das Geschäft machen, wenn sich Kommunen untereinander helfen können?«

Die Expertin für städtische Entwicklung beim Hilfswerk Misereor, Almuth Schaub, setzt schließlich einen weiteren Schwerpunkt: »Wir brauchen viel mehr Mittel zur Armutsreduzierung.« Misereor unterstützt Pro-

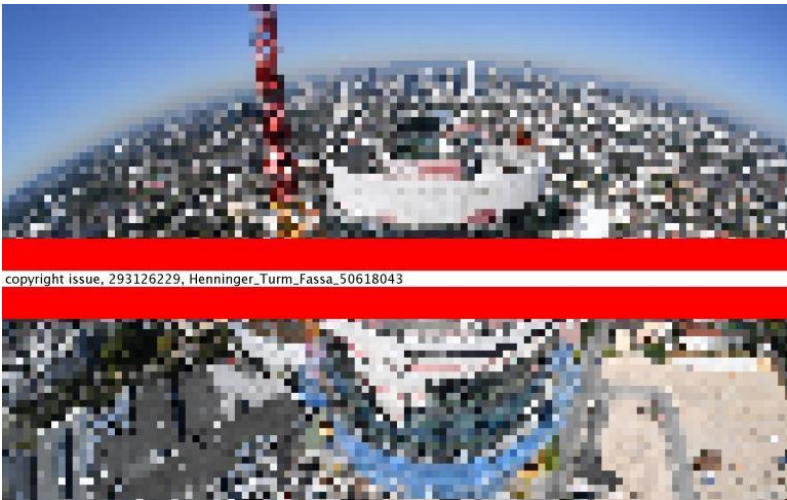
» Wir brauchen viel mehr Mittel zur Armutsreduzierung. «

Stadtentwicklungsexpertin von Misereor

jekte, die Slums »wohnlicher« machen helfen, ebenso beim juristischen Kampf um Bleiberecht. 30 Prozent der Stadtbevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern würden als informell gelten, so Schaub. »Sie kommen auf dem Radar der Stadtverwaltungen gar nicht vor.« Gerade diese Bürger seien aber oft von Gewalt und Vertreibung betroffen, von Gentrifizierung und Immobilienspekulation. Das Klima-Thema sei sehr wichtig. »Aber das darf nicht zu Lasten des Themas Menschenrechtsverletzungen gehen«, unterstreicht Schaub.

Stark vertreten waren in Quito auch junge Menschen, die das »Recht auf die Stadt« einfordern. Nicht ohne Grund: Vor allem in Lateinamerika wachsen die »Gated Communities«, geschützte, umzäunte Wohnbereiche für Wohlhabende. Die Ärmsten werden indessen an den Rand der Metropolen gedrängt.

Mitarbeit: bach



Neuer Wohnraum – vor allem für Wohlhabende. Der Neubau des Henninger Turms in Frankfurt.

Foto: Arne Dedert (dpa)